

FDP Rheinland-Pfalz · Am Linsenberg 14 · 55131 Mainz

An die
Landespflegekammer Rheinland-Pfalz
z.Hd. Herrn David Dietz
Postfach 2030
55010 Mainz

Wahlprüfsteine

Mainz, 01. Februar 2016

Dr. Volker Wissing
Vorsitzender

FDP Rheinland-Pfalz
Am Linsenberg 14
55131 Mainz

rlp@fdp.de
www.fdp-rlp.de
twitter.com/fdprlp
facebook.com/fdprlp

T: 06131 232 541
F: 06131 233 803

Sehr geehrter Herr Dietz,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 2. Februar 2016 und Ihr darin zum Ausdruck gebrachtes Interesse an den Positionen der FDP Rheinland-Pfalz.

1. Die Landespflegekammer Rheinland-Pfalz nimmt in 2016 ihre Arbeit auf. Wie stellen Sie sich die Ausgestaltung der Zusammenarbeit Ihrer Partei mit der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz konkret vor?

Als jüngstes, aber mitgliederstärkstes Mitglied der Familie der Heilberufskammern nimmt die Pflegekammer künftig eine zentrale Rolle im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen ein. Da es sich um die bundesweit erste Pflegekammer in Deutschland handelt, ist ihre Bedeutung weit über die Grenzen unseres Bundeslandes immens.

Den etablierten und vertrauensvollen Umgang mit den länger bestehenden Heilberufskammern sowie anderen Akteuren des Gesundheitswesens werden wir in gleicher Weise mit Ihnen pflegen. Als Selbstverwaltung der größten Berufsgruppe im Gesundheitswesen sind Sie ein immens wichtiger Bestandteil der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung. Daher freuen wir uns auf den Dialog und das gemeinsame Wirken zu Gunsten der Pflegenden im Land, wie auch der Pflegeempfänger.

2. In welchen Bereichen sieht Ihre Partei die inhaltlichen Schwerpunkte in der Zusammenarbeit mit der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz?

Ein zentraler Punkt unserer gemeinsamen Anstrengungen dürfte beim Bürokratieabbau liegen. Die völlig ausgearteten Dokumentationspflichten nehmen den Pflegefachpersonen mittlerweile in zu vielen Fällen die Zeit, die sie mit der eigentlichen Pflgetätigkeit bzw. im Umgang mit den zu Pflegenden zubringen könnten. Neben der personellen Entlastung für die Pflegenden sehen wir an dieser Stelle Einsparpotenziale, so dass die frei werdenden Mittel sinnvoller eingesetzt werden können, beispielsweise durch die Aufstockung des Personalbestands.

Die rheinland-pfälzischen Freidemokraten setzen darauf, dass sich die Pflegekammer mit der Expertise ihrer Mitglieder in die nach wie vor gesetzlich geregelte Ausbildung der Pflegeberufe beziehungsweise deren Umsetzung

einbringen wird. Insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion um eine generalistische Pflegeausbildung ist das Vernehmen einer kraftvollen Stimme der Berufsgruppe(n) essentiell.

Eine Modifizierung, sprich Besserstellung des Personalschlüssels im stationären Sektor sollte ebenso auf der gemeinsamen Agenda stehen wie das Wirken auf bessere Arbeitsbedingungen. Hier ist neben dem Stichwort „gute Arbeit“ auch die Vereinbarkeit von Arbeit und individueller persönlicher Situation zu verstehen.

3. Personalausstattung / Finanzierung

- a) Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die aktuelle Personalsituation in Kliniken, in stationären Pflegeeinrichtungen sowie in der ambulanten Pflege deutlich zu verbessern?

Eine deutliche Entlastung des Pflegepersonals kann nur über die Beschäftigung von mehr Personal erfolgen. Um dies zu bewerkstelligen müssen entweder die Kostenträger kurzfristig mehr Mittel zur Verfügung stellen, oder die bereits genannten Einsparpotenziale nutzen, um Mittel zu generieren. Die FDP sieht im Abbau unnötiger bürokratischer Schikanen den erfolgreichsten Weg, um Mittel für eine bessere Personalbemessung frei zu bekommen. Gerne unterstützen wir in dieser Frage.

- b) Wie steht Ihre Partei zur Einführung eines Personalbemessungsinstrumentes, das valide den individuellen Pflegebedarf der Patienten abbildet, und als verbindliche Grundlage des Personaleinsatzes in rheinland-pfälzischen Kliniken implementiert wird?

Um eine valide Personalplanung, die dem Pflegebedarf gerecht wird, durchführen zu können, bedarf es eines entsprechenden Instruments. Die FDP unterstützt daher eine entsprechende Forderung und plädiert, vor einer möglichen verbindlichen Implementierung, für eine Testreihe in Rheinland-Pfalz.

- c) Wie bewerten Sie die bundesweit geführte Debatte zur Implementierung einer Mindestpersonalregelung in Kliniken?

Dieser Forderung schließen wir uns nicht an. Eine statische Erhöhung des Personalschlüssels führt u. E. nicht automatisch zu einer besseren Versorgungslage. Denn es gibt eine enorme Vielfalt von regionalen oder lokalen Faktoren, der individuellen Organisation der einzelnen Häuser, ihres Fächer- und Leistungsspektrums, ihrer bestehenden Personalstruktur, ihrer Traditionen, ihrer Trägerschaft und ihres Versorgungsumfeldes im ambulanten und stationären

Bereich. Die Zuständigkeit für die Personalausstattung sollte nach unserer Ansicht weiterhin dezentral bei den einzelnen Häusern bleiben.

- d) Wie will Ihre Partei künftig die Investitionsfinanzierung in Kliniken sicherstellen, damit mangelnde Finanzierung sich nicht, wie derzeit häufig praktiziert, auf die Pflegepersonalbesetzung auswirkt?

Rheinland-Pfalz liegt bei der Bereitstellung investiver Fördermittel im unteren Drittel aller Bundesländer. Da auch die Investitionsfinanzierung im Bereich des Gesundheitswesens mit anderen Bedarfen um politische Priorisierung konkurriert, ist das Ergebnis der letzten Jahre leider eindeutig. Die FDP möchte sich für eine bedarfsgerechtere Finanzierung einsetzen, als es die rot-grüne Landesregierung für nötig hält.

- e) Welche Konzepte hat Ihre Partei zur Weiterentwicklung und Refinanzierung der Pflegeleistungen im Bereich des SGB XI?

Mit den Regelungen des ersten Pflegeneuausrichtungsgesetzes (PNG I) hatte die damalige Bundesregierung aus CDU und FDP die entsprechenden Weichen gestellt. Das PNG I sah eine Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung zum 1. Januar 2013 von bisher 1,95 auf 2,05 Prozent angehoben, bei Kinderlosen auf 2,3 Prozent vor. Entscheidend war daneben der Einstieg in die private Pflegeversicherung. Eine staatliche Bezuschussung privater Pflege-Zusatzversicherungen – der so genannte Pflege-Bahr, eine subventionierte Privatvorsorge nach Art der Riester-Rente - soll im Bedarfsfall den Bürgern helfen, die Zahlungen aus der bereits bestehenden allgemeinen Pflegeversicherung privat zu ergänzen. Der Erfolg einer privaten Pflegezusatzversicherung wurde bereits im Jahr 2013 erkennbar, als sich mit über 350.000 Neuverträgen mehr als doppelt so viele Menschen für den Pflege-Bahr entschieden, als für eine ungeforderte Police. Leider ist die große Koalition diesen Weg nicht weiter gegangen, sondern hat ihn erschwert. Dies wollen wir korrigieren.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere inhaltliche Abstimmung der Sozialgesetzbücher ein. Durch die Zusammenführung gesetzlicher Regelungen können die bestehenden Schnittstellen zwischen den sozialrechtlichen Regelungen effektiver als bisher überwunden werden. Die in der Praxis bestehenden Versorgungsdefizite an diesen Schnittstellen werden wirksam abgebaut und Anreizsysteme für die Vermeidung, oder zumindest Reduzierung, von Pflegebedürftigkeit geschaffen.

Generelles Anliegen der Freien Demokraten bleibt der Bürokratieabbau im Gesundheitswesen, um Personal und Mittel für die eigentlichen Aufgaben zu generieren.

- f) Wie stehen Sie zu bundesweit einheitlichen Personalschlüsseln für die stationäre Pflege nach SGB XI, die leistungsgerecht den Pflegebedarf abbilden?

An dieser Stelle darf ich auf die Ausführungen zu Frage 3c.) verweisen.

4. Versorgung im ländlichen Raum/Übertragung ärztlicher Aufgaben

- a) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung in strukturschwachen Regionen?

Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum ist eine grundlegende Zukunftsfrage für diese Regionen. Dies gilt im Besonderen für strukturschwache Standorte, entscheidet sich doch auch an dieser Stelle, ob Regionen über genug Attraktivität verfügen, um neue Einwohnerinnen und Einwohner zu gewinnen. Auch die Ansiedlung neuer und nachhaltiger Arbeitsplätze hängt damit zusammen.

Die entsprechende Bedarfsplanung muss auf breiten Füßen stehen. Vertreterinnen und Vertreter der Kostenträger, die der Berufsgruppen - akademische Heilberufe wie Gesundheitsfachberufe -, und die Politik auf Landes- und kommunaler Ebene müssen dieser gemeinsamen Herausforderung begegnen. Die Freien Demokraten setzen bei der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung auf Anreizsysteme, um Berufsangehörige zur Aufnahme von Verantwortung in ländlichen Räumen zu gewinnen. Wie diese genau aussehen, muss nach der Landtagswahl schnellstmöglich eruiert werden. Gerne stehen wir dazu bereit.

- b) Welche Aufgaben sollen nach Einschätzung Ihrer Partei entsprechend spezialisierte Pflegefachpersonen im Rahmen der Sicherstellung hier übernehmen?

Programme wie VeraH und andere, in deren Rahmen nicht- ärztliche Berufsangehörige, ärztliche Aufgaben übernehmen sollten nicht nur evaluiert, sondern speziell im ländlichen Raum ausgeweitet werden. Sobald das neue Berufsgesetz verabschiedet und umgesetzt ist und damit auch die Grundkompetenzen der Pflegefachpersonen deutlich werden, sollte auf dieser Basis die Debatte um Delegation und auch Substitution geführt und beschieden werden.

- c) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Umsetzung des § 63 Abs. 3c SGB V in Rheinland-Pfalz voranzutreiben?

Bei den Modellvorhaben, die § 63 Abs. 3c SGB V vorsieht, steht das Patientenwohl und die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung selbstverständlich im Vordergrund. Auch bei der entsprechenden Rechtsnorm, die bundesweit kaum Anwendung gefunden hat, können bürokratische Hürden abgebaut werden. Vor allem die Kostenträger müssen zu viel Aufwand betreiben, um entsprechende Modellvorhaben zu realisieren. Hier gilt es anzusetzen.

5. Pflegebildung

- a) Welche Unterstützung plant Ihre Partei zur landesspezifischen Umsetzung der geplanten gemeinsamen Ausbildung?

Die Implementierung einer neuen generalistischen Pflegeausbildung muss in erster Linie vom zuständigen Fachministerium und der zuständigen Schulbehörde erfolgen. Die Landtagsfraktionen müssen diese Umsetzung politisch flankieren und für eine entsprechende Ausstattung der Ausbildungsstätten Sorge tragen. Dahingehend werden wir unterstützen.

- b) Wo will Ihre Partei die gemeinsame Ausbildung verorten - im Schulsystem oder als ‚Ausbildung der besonderen Art‘?

Nach Überzeugung der rheinland-pfälzischen Freidemokraten ist eine entsprechende Ansiedlung im Schulsystem sinnvoll.

- c) Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Einrichtungen der praktischen Ausbildung zu einer hochqualifizierten Ausbildung zu befähigen?

Wie bereits dargestellt müssen die Ausbildungsstätten adäquat ausgestattet sein. Hierfür setzen wir uns ein.

- d) Welche Qualifikation der Lehrer hält Ihre Partei im Hinblick auf die gemeinsame Ausbildung für notwendig?

Neben den fachlichen Erfahrungen, die die Lehrer aus unserer Sicht mitbringen müssen, gehört natürlich auch eine fundierte theoretische Ausbildung. Ein modernes Berufsgesetz muss vorsehen, dass die Schulen eine im Verhältnis zur Zahl der Ausbildungsplätze ausreichende Zahl fachlich und pädagogisch qualifizierter Lehrkräfte mit entsprechender, abgeschlossener Hochschulausbildung für die Durchführung des Unterrichts vorhalten.

- e) Derzeit gibt es in Rheinland-Pfalz im Unterschied zu anderen Bundesländern keinen landesrechtlich geregelten Helferberuf im Bereich der Krankenpflege. Werden Sie die gesetzliche Grundlage für eine pflegerische Qualifikation unterhalb der neuen gemeinsamen Pflegeausbildung schaffen?

Dass Rheinland-Pfalz mehr als zehn Jahre nach Außerkrafttreten der ehemals bundesrechtlich geregelten Ausbildung zur Krankenpflegehelferin und zum Krankenpflegehelfer als einziges Bundesland keine landesrechtlich geregelte Ausbildung auf den Weg gebracht hat, ist ein unhaltbarer Zustand.

Es ist, speziell vor dem Hintergrund der generalistischen Ausbildung, aber eine Überlegung wert, ob die von der Landesregierung favorisierte einjährige Ausbildung noch auf der Höhe der Zeit ist. Für die FDP ist auch eine zweijährige Ausbildung zur Pflegeassistentin bzw. zum Pflegeassistenten denkbar.

Mit freundlichen Grüßen

